SPD REPORT

FRAKTION GEMEINDERAT KARLSRUHE

In dieser Ausgabe:
Ausgabe 55
Winter 2021

Haushalt 2021
Seite 2

Neue Sporthallen
Seite 3

FFP2-Masken für Personal
Seite 4

Beitragsfreie Kitas
Seite 5

Respekt auf den Straßen
Seite 6

SOZIALE TEILHABE

Kostenfreier ÖPNV mit Kinder- und Jugendpass

Im Rahmen unseres Einsatzes für die Entlastung von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe sollen diese mit entweder Kinderpass oder Karlsruher Pass frei mit der Bahn fahren können. Aufgrund dessen stellte die SPD zwei Anträge, um den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Kinder und Jugendliche zu garantieren.

Dieser Zugang zum Öffentlichen Nahverkehr ist ein Grundrecht in unserer Gesellschaft und soll vor allem dieser Zielgruppe frei zugänglich gemacht werden. Bis jetzt ist dies jedoch nur jenen Kindern gestattet, deren Eltern sich tägliche Bahnfahrten leisten können.

Seien es tägliche Pflichtfahrten zur Schule oder lediglich Bahnfahrten, um Freunde besuchen zu können oder an Orte zu gelangen, an welchen Kinder und Jugendliche ihre Hobbys ausüben können. Alle diese Fahrten kosten summiert viel Geld. Nachdem der Antrag angenommen wurde, kann dieses Geld von Eltern wie auch Kindern und Jugendlichen nun produktiver eingesetzt werden.

LOCKDOWN

Jahreswechsel

Das vergangene Jahr 2020 war ein außergewöhnliches. Es hat uns allen sehr viel abverlangt. Wir haben Geduld und Verzicht geübt. Solidarität hat wieder an Bedeutung gewonnen. Corona hat die Welt in Atem gehalten – und tut es noch. Gerade zum Jahreswechsel, der Zeit der Familienfeiern machte es uns wehmütig, nicht im gewohnten Stil Weihnachten und Silvester zu begehen. Aber wir denken an die vielen, die die Pandemie schwer getroffen hat, diejenigen, die Angehörige verloren haben, diejenigen, deren Firma insolvent wurde, diejenigen, die noch um ihre Existenz kämpfen und die vielen betroffenen Kunst- und Kultureinrichtungen, die normalerweise unser Leben bereichern.

Aber es gibt auch Positives zu berichten: Gerade hat unser Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup seine Wiederwahl phänomenal im ersten Wahlgang gegen fünf Mitbewerber*innen gewonnen. Darüber freuen wir uns sehr. Es beschert uns eine verlässliche Kontinuität; ein großes Pfund in dieser Zeit. Die Haushaltsberatungen Mitte Dezember stellten noch mal einen großen Kraftakt dar. Dieser Einjahreshaushalt ist ein Corona geschuldeter Nothaushalt, in dem das Wichtigste untergebracht werden kann und muss. Dazu mehr in dieser Ausgabe.

Bleiben Sie gesund!

HAUSHALT 2021

„Die Zukunft der Stadt beginnt jeden Tag neu!“

Das Ziel unserer Haushaltsrede im Gemeinderat ist einfach zusammenzufassen: gerade in der Zeit der Corona-Krise müssen wir Initiative ergreifen. Wir sollten nicht gegen, sondern mit Corona planen. Aufgrund der durch die Pandemie provozierten Wirtschaftskrise, könnte die Meinung gebildet werden, man solle jetzt sparen und nicht zu weit in die Zukunft planen. Dies lässt jedoch außen vor, dass wir präventiv und nicht reaktiv auf diese Krise eingehen müssen.

Aufgrund dieser Tatsache stellte die SPD Forderungen an die Stadt in essenziellen Teilbereichen des Haushaltes sowie Bildung, Wirtschaft, Mobilität und Soziales. Wir fordern das Vorantreiben der Digitalisierung in Schulen, als direkte Gegenmaßnahme zur Corona-Krise. Obwohl die Krise unserer Wirtschaft zusetzt, bedeutet das nicht, dass wir uns zurückhalten sollten mit den Ausgaben. Auch beim Thema der Mobilität sorgen wir uns um die Zukunft der Stadt, deshalb fordern wir kostenlose Nahverkehrstickets für Jugendliche und Kinder, was ebenfalls der Chancenungleichheit entgegenwirkt. Dies knüpft auch an die Ausgestaltung des Karlsruher Passes an, was ein weiteres essenzielles Ziel der SPD in 2021 darstellt.

Zusammenfassend ist unser Ziel also, flächendeckende Maßnahmen gegen die auf uns zukommenden Monate zu erstellen und die Gesellschaft gegen die Krise zu wappnen. Gerade jetzt sollten wir solidarisch und gemeinsam vorgehen. So ist unser Motto für diese Haushaltsrede und die kommenden Monate: „Die Zukunft der Stadt beginnt jeden Tag neu!“

Sibel Uysal

SCHULGEBÜHREN ABGESCHAFFT

Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Mit einer großen Kraftanstrengung ist es gelungen, für den Antrag auf Gebührenfreiheit an Fach- und Meisterschulen eine Gemeinderatsmehrheit zu finden. Mit dem Beschluss, die Gebühren in 2021 hälftig zu reduzieren und ab 2022 gänzlich darauf zu verzichten, ist nach langem Ringen ein annehmbarer Kompromiss gefunden worden. Unserem sozialdemokratischen Ansinnen auf kostenfreie Bildung sind wir damit wieder ein Stück näher gerückt.

Für die beruflichen Schulen sind die Fachschulen wichtig, weil sie insgesamt dazu dienen, eine hohe Qualität im Bildungswesen zu sichern und an der einzelnen Schule eine durchgängige Bildung von der Berufsausbildung bis zu der mittleren Führungsebene sicherzustellen. Für uns ist Bildungsgerechtigkeit von entscheidender Bedeutung, denn Bildung soll kostenlos für alle sein. Ins Hintertreffen geraten die Fachschulen auch deshalb, weil ihre Schüler pro Semester ca. 600 Euro Schulgeld bezahlen müssen – ein Studium ist deutlich günstiger. Wenn Fachschulen schrumpfen, geht dies zulasten des Handwerks und der Dualen Ausbildung. Arbeitnehmer, die bereit sind, sich entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft weiterzubilden, werden auf diese Weise geradezu bestraft und der Wirtschaft mit Blick auf das erforderliche Weiterbildungspotenzial großer Schaden zugefügt. Viele Absolvent*innen von Fachschulen erreichen gehobene Stellungen im Betrieb, machen sich selbstständig und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsförderung und zur Arbeitsplatzsicherung.

Eine Abschaffung der Gebühren ist ein wichtiges Signal als Anreiz für Fachschülerinnen und Fachschüler, nach Karlsruhe zu kommen und nicht nach Stuttgart oder in die Pfalz abzuwandern und auch, um den Schulstandort Karlsruhe zu sichern.

Wie so oft wird als beliebtes Gegenargument angeführt, dass nicht die Stadt sondern das Land zuständig sei. Abzuwarten, bis zum St. Nimmerleinstag, an dem sich die Landesregierung bewegt und derweil der Schulstandort Karlsruhe in die Knie geht mit allen negativen Konsequenzen war für uns jedoch nie eine Option.

Sibel Uysal

ZUKUNFTSPLANUNG

Neue Sporthallen

Beim Thema „Baustellen“ schalten viele Menschen in Karlsruhe schnell ab. Doch die aktuelle Sporthallensituation in Karlsruhe ist angespannt. Schließung von Sporthallen aufgrund dringender Sanierung hat die Konsequenz, dass die Schulklassen mit Bussen und Bahnen in die Nachbarschaftssporthallen fahren müssen. Dies ist weder gerecht gegenüber den Schülern, noch der Umwelt.

Der Neubau der Sporthalle „Schulzentrum Südwest“ ist alternativlos, seit die Halle vor Jahren wegen der Asbestbelastung geschlossen werden musste. Damit dem Baustart Anfang 2022 nichts mehr im Wege steht, wird dieses Jahr der Baugrund entsprechend vorbereitet (Schadstoffentsorgung/ Abriss des Gebäudes etc.). Diese Vorgehensweise fand in der Haushaltsberatung letztendlich eine Mehrheit. Dafür bedanken wir uns.

Neben diesem direkten positiven Effekt für die Schüler*innen in der Umgebung sorgen wir ebenfalls für Entlastung der Sporthallen in der Umgebung, so dass auch diese in der Zukunft renoviert werden können.

Beim SSC Karlsruhe in der Waldstadt soll eine neue Dreifeld-Sporthalle mit einer Zuschauerkapazität von bis zu 1000 Zuschauern entstehen. Diese möchte der Verein bauen, der dafür allerdings neben der regulären Förderung einen Zuschuss der Stadt Karlsruhe von ca. 18 Mio. Euro benötigt. Bemerkenswert, weil absolut einstimmig hat hier der Gemeinderat für die finanzielle Unterstützung des SSC beim Hallenbau votiert. Der Vereinsport, der Schulsport der element-i-Schule sowie der Wettkampfsport können sich freuen.

Dass der Verein selbst baut, bedeutet für die Stadt eine enorme Entlastung, da die Mitarbeitenden von HGW (Hochbau-und Gebäudewirtschaft) durch die geschobenen Projekte der vergangenen Jahre mehr als ausgelastet sind.

Irene Moser
Sibel Uysal

MANGELWARE PARKPLATZ

Bewohnerparkzonen

Insbesondere aus den citynahen Stadtteilen kommt die Forderung, neue Bewohnerparkzonen auszuweisen - dies betrifft die Weststadt, die Südweststadt und die Südstadt, denn von hier aus ist zu Fuß die City zu erreichen. Dies resultiert aus hohem Parkdruck in Kombination mit vielen Baustellen in der Stadt, welche Autofahrern das Leben schwer machen. Besonders das Staatstheater, die Baumeisterstraße und die Meidingerstraße sind betroffen. Um dem entgegenzuwirken fordern wir, dass die Stadt überprüft, ob neue Zonen für Bewohnerparken eingeführt werden sollten. Hierbei ist mit den citynahen Gebieten zu beginnen, wobei die Bewohner einzubeziehen sind.

Michael Zeh

FREIZEITSPORT

Calisthenics-Anlagen

In den letzten Jahren gibt es einen Trend, verstärkt das Training im Freien dem im Fitnessstudio vorzuziehen. Ob jung oder alt, viele Menschen wünschen sich Anlagen, in welchen sie sportlich aktiv sind und gleichzeitig Frischluft atmen. Dieser Trend ist durch die Corona-Pandemie noch stärker gewachsen als zuvor. Somit setzten wir uns für den Bau mehrerer Calisthenics-Anlagen in Karlsruhe ein.
Unsere Stadträtin Irene Moser konnte sich für die SPD-Fraktion ein Bild von den Möglichkeiten machen, welche diese Anlagen mit sich bringen, als sie die bereits bestehende in Hagsfeld-Geroldsäcker besichtigte. Diese Sportmöglichkeiten fehlen im Westen und Norden der Stadt, und gerade wenn wir nicht wissen, wie lange diese Pandemie noch anhält, wollen wir hier für neue Möglichkeiten der sportlichen Aktivität sorgen.

Für den Haushalt 2021 konnten wir erfreulicherweise eine Mehrheit im Gemeinderat für immerhin eine neue Anlage erlangen. Wir werden am Ball bleiben, mit dem Ziel, zwei bis drei weitere Calestenics-Anlagen in Karlsruhe zu errichten. Mögliche Orte sind zum Beispiel die Fanny Hensel Anlage in Karlsruhe Mühlburg, die Günther-Klotz-Anlage, der Budo Club Karlsruhe und die Nothingham Anlage.

Irene Moser

BESSERER SCHUTZ

FFP2-Masken für städtische Beschäftigte

Lehrerinnen und Lehrer stehen in engem und häufigem Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern, weshalb sie in Zeiten einer Pandemie, wo die Infektionszahlen steigen, besonders gefährdet sind.
Seit September - und wahrscheinlich in absehbarer Zeit erneut - findet der Präsenzunterricht ohne Abstandsgebot auch an weiterführenden Schulen statt, wodurch auch die Lehrer*innen an diesen Schulen belastet werden.
Zu ihrem ausreichenden Schutz und zu dem ihrer Schülerinnen und Schüler benötigen sie hochwertige Mund-Nasen-Bedeckungen, die die Lehrkräfte aktuell selbst besorgen müssen. Auch Mitarbeiter der Stadt Karlsruhe, welche unmittelbaren Kundenkontakt haben, sollen Anspruch auf kostenlose Masken bekommen.
Die momentane Situation ist nicht hinnehmbar. So müssen beispielsweise Lehrkräfte ihre Arbeit ohne das Einhalten von Abständen in einem geschlossenen Raum mit circa 30 Personen verrichten. Dass dies ein vermeidbares und gefährliches Risiko darstellt ist offensichtlich. So gehen wir als Fraktion gegen dieses Problem vor. Obwohl das Kultusministerium verfügte, dass Lehrer*innen an weiterführenden Schulen freien Anspruch auf FFP2-Masken haben, gilt dies nicht für Lehrer*innen an Grundschulen. Jedoch sollte klar sein, dass die Ansteckungsgefahr in der Grundschule nicht signifikant niedriger als diejenige in den weiterführenden Schulen ist. Im Gegensatz zu normaler Mund- und Nasenbedeckung bieten FFP2-Masken erhöhten Schutz sowohl für das Umfeld einer Person wie auch die Person selber. Somit sollten sie auch der Standard für alle Lehrer*innen sein.
Die SPD konnte sich mit ihrer Forderung durchsetzen, dass die städtischen Beschäftigten an den Grundschulen in Karlsruhe eine Maske gestellt bekommen. Wir freuen uns über diesen Teilerfolg.

Sibel Uysal

Anmerkung nach Redaktionsschluss: Durch die aktuellen Beschlüsse der MPK könnte der Inhalt des Artikels überholt sein.

KINDERBETREUUNG IM HAUSHALT FÜR 2021

Beitragsfreie Kita weiter im Fokus

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 konnten wir einen Fonds zur Gebührensenkung in Kindertagesstätten in Höhe von jährlich 5 000 000 Euro einrichten. Dies bedeutete einen enormen Schritt in Richtung gebührenfreie Kinderbetreuung.

Seitdem wurde von Fachverwaltung, Trägern und Politik gemeinschaftlich intensiv an dem Weg in Richtung Gebührenfreiheit gearbeitet und ein entsprechendes Konzept auf den Weg gebracht. Da die Stadt Karlsruhe hierfür vom Land noch immer keine finanzielle Unterstützung erhält, muss der städtische finanzielle Beitrag dafür erneut angehoben werden.

Durch eine Steigerung des Erstkinderzuschusses 2021 um 3% soll eine Gebührenerhöhung der freien Träger verhindert werden. Dies konnten wir im Haushalt trotz angespannter Haushaltslage durchsetzen. Darüber hinaus ist uns eine regelmäßige Dynamisierung dieses Zuschusses von besonderer Bedeutung, da sie zur Folge hat, dass nicht nur die Gebühren in städtischen Kindertagesstätten, sondern künftig auch Beiträge freier Träger nicht mehr angehoben werden müssen. Eltern dürfen nicht weiter belastet werden. Wir stehen zu dem Ziel einheitlicher Beiträge in allen Karlsruher Einrichtungen und ebenso zum Ziel, diese schrittweise zu senken. Analog dazu sollen auch die Beiträge in der Kindertagespflege nicht steigen, sondern weiter sinken.

Auch die Beschlussvorlage der Verwaltung, die einkommensabhängige Beitragsreduzierung so zu erweitern, dass ab März mehr Eltern vollständig oder aber zu 50% die Beiträge erstattet werden, haben wir im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen ausdrücklich unterstützt.

Frühkindliche Bildung muss beitragsfrei werden, das ist weiterhin erklärtes Ziel unserer Fraktion, dafür setzen wir uns ein.

Yvette Melchien

UMBAU HELMHOLTZSTRASSE FÜR DEN STJA

Stadtjugendausschuss stärken - Jugendarbeit unterstützen

Die Geschäftsstelle des Stadtjugendausschuss bekam durch Aufgabenzuwächse in den letzten Jahren mehr Personal, u.a. bei Fachstellen oder Fachbereichsleitungen. Dieses Wachstum erklärt sich daraus, dass neue Arbeitsbereiche beispielsweise zur Schulkindbetreuung, Armutsbekämpfung oder Beteiligung hinzukamen, mit denen der Stadtjugendausschuss beauftragt wurde.

Das Anne-Frank-Haus stellt traditionell Gruppenräume zur Verfügung und bietet selbst Angebote an. Durch den beschriebenen Personalzuwachs der Geschäftsstelle ist die verbandliche und frei organisierte Jugendarbeit im Gebäude des Anne-Frank-Hauses aber enorm eingeschränkt.

Aktuell stehen dem Anne-Frank-Haus nur noch einige wenige Gruppenräume und ein Saal zur Verfügung, was nicht nur unter Corona-Bedingungen viel zu wenig ist. Die Jugendverbände brauchen die Räumlichkeiten im Anne-Frank-Haus dringend.

Insbesondere zeigt auch das IQ-Leitprojekt „My City. My Place“, dass ein großer Bedarf an innstädtischen Angeboten besteht und die Gruppen im Anne Frank Haus sehr gut untergebracht wären, da es innenstadtnah, barrierefrei ist und viele Möglichkeiten bietet.

Wir setzen uns daher für einen zügigen Umzug der Geschäftsstelle des Stadtjugendausschuss e.V. in die Helmholtzstraße 1 ein, so dass das Haus der Jugendverbände Anne Frank wieder als solches genutzt werden kann.

Aus diesem Grund haben wir einen interfraktionellen Antrag gestellt, der mehrheitlich auch beschlossen wurde. Somit steht einem zügigen Umbau nichts mehr im Wege.

Yvette Melchien
Irene Moser

E-ROLLER BEGRENZEN

Respekt für Gehwegnutzer*innen

E-Roller sind eine relativ neue und erfolgreiche Mobilitätsform, welche auch das Stadtbild in Karlsruhe in den letzten Monaten verändert haben.

Wenn sie Auto- oder Motorradfahrten ersetzen, sind sie umweltfreundlich. Oft dienen Sie aber zum Ersatz für Fußweg oder Öffentlichen Nahverkehr.

Unabhängig davon, werden sie auch regelmäßig nach der Nutzung einfach irgendwo - etwa in der Mitte von Gehwegen oder vor Hauseingängen - stehen- oder liegengelassen. Dort stellen sie vor allem für ältere Menschen, Kinder oder jene mit körperlichen Behinderungen eine Gefahr dar, die sowohl unnötig als auch vermeidbar ist.

Als Fraktion gehen wir gegen dieses Problem vor, indem wir die Zahl der Fahrzeuge begrenzen und die Einrichtung konkreter Abstellflächen fordern. Wir sind umweltfreundlichen Verkehrsmitteln keinesfalls abgeneigt, jedoch muss ein so rücksichtsloser Umgang mit den E-Rollern vermieden werden.

Anton Huber

MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Die Stadt aus der Perspektive der Fußgänger*innen denken

Unter diesem Thema ist das Beteiligungsverfahren öffentlicher Raum und Mobilität Innenstadt gestartet. Parallel dazu, schon in der Endphase, ist die Erneuerung des 20-Punkte-Programms für den Radverkehr von 2005 zu einem 30 Punkte Programm für aktive Mobilität zu Fuß und mit Rad.

Für die Verkehrsanlagenplanung hat die SPD gemeinsam mit den Grünen den Antrag gestellt eine Stelle bei Stadtplanungsamt für die schnellere Planung und Umsetzung einzurichten, damit die Konzepte für attraktive und sichere Fußwegeverbindungen und sichere Radwege Realität werden. Es fehlen gerade in der Innenstadt noch Fahrradabstellanlagen, auch diese müssen nun zügig errichtet werden, jetzt nach dem Ende der Baustellen. Auch ausreichende Sitzgelegenheiten in der Innenstadt gehören dazu. Die Innenstadt wird durch die Erreichbarkeit und Gestaltung an Attraktivität gewinnen. Die entsprechenden Sachmittel sind im Haushalt bereitgestellt. Zu Fuß gehen ist eine nachhaltige und gesunde Form der Fortbewegung, das ist jedem bewusst und hilft dem Klimaschutz.

Zur Stärkung des Radverkehrs gehört auch die Fortsetzung der Förderung des Lastenradprogramms sowie die Ausweitung des Leihfahrradsystems, es gibt viele verschiedene Nutzer*innen von Rädern, daher werden verschiedene Angebote benötigt.

Michael Zeh

HAUSHALT 2021

Kultur stärken!

Nachdem der Gemeinderat im Sommer einen Nothilfefonds von 2,5 Mio. Euro auf den Weg gebracht hat, um die existentielle Not der Kulturbetriebe zu lindern, war in diesem Corona geschuldeten Einjahreshaushalt kein großer Spielraum mehr für weitreichende Kulturförderung. Dennoch haben wir in Einzelfällen Ausnahmen gemacht, da wo z.B. ein bereits begonnener Umbau sonst nicht hätte weitergeführt werden können. Hervorheben möchte ich hier den Chor Cantus Juvenum, der aufgrund seiner überregionalen Bekanntheit eine einmalige Nothilfe erhalten hat oder auch die Musikakademie Diapason mit einem außergewöhnlichen musikalischen Angebot für Kinder und Jugendliche.

Elke Ernemann

ZUKUNFT SICHERN

Hoffnung auf ruhigere Zeiten am Badischen Staatstheater

Für das Badische Staatstheater war das vergangene Jahr an Turbulenzen nicht zu überbieten und das lag nicht an den Aufführungen, denn die haben ja aufgrund der Pandemie größtenteils nicht stattgefunden. Zum einen wird nach langen Querelen ein einvernehmlicher Auflösungsvertrag mit dem Generalintendanten angestrebt. Dies war notwendig geworden, nachdem das zerstörte Vertrauensverhältnis mit der Belegschaft nicht mehr zu kitten war.

Die zweite Baustelle am Theater ist eine im wahrsten Sinne des Wortes Baustelle: Der Neu- und Umbau und die Sanierung des in die Jahre gekommenen Gebäudekomplexes hat begonnen und wird voraussichtlich bis zu einer halben Milliarde Euro verschlingen. Das hat die CDU zu einer kompletten Abkehr von jahrelangen gemeinsamen Beschlüssen geführt. Natürlich ist die Kostensteigerung ein Schock für uns alle. Es stellt sich jedoch die Frage nach Alternativen. Die Arbeitsbedingungen in den beengten und verbauten Räumlichkeiten sind für die am Theater Beschäftigten nicht länger zumutbar. Auch der Brandschutz erfordert notwendige kostenintensive Maßnahmen. Alternativstandorte fallen nicht vom Himmel. Da ist guter Rat teuer. Wir wollen versuchen das Beste aus der Situation zu machen und Einsparungen zu suchen wo es nur geht. Wir werden mit wachem und kritischem Auge den weiteren Verlauf begleiten.

Elke Ernemann

Impressum:

Herausgeber: Parsa Marvi
Redaktion: Susanne Oppelt
Stefan Volz
Dominik Molnar

SPD-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe
Hebelstraße 13
76133 Karlsruhe

Telefon: 0721 29 29 0
Telefax: 0721 23 43 3
spd@fraktion.karlsruhe.de
www.spd-fraktion-karlsruhe.de